29. Jahrgang. Donnerstag, 16 Dezember. Morgen-Ausgabe.

# Danziger Zeitung.

№ 16208.

Die „Danziger Zeitung" erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. Bestellungen werden in der Expedition Ketterhagergasse Nr. 4. und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 ℳ, durch die Post bezogen 5 ℳ — Inserate kosten für die Petitzeile oder deren Raum 20 ₰. Die „Danziger Zeitung" vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1886.

## Zur Frage der Entlastung der Communen.

(Von einem Landwirth.)

Der jetzige Reichstag scheint trotz des schlechten Zeugnisses, welches die Eröffnungsrede ihm als Geldbewilliger ausgestellt hat, sich doch noch, wie wir schon erwähnt, mit Vorlagen beschäftigen zu sollen, welche der Reichskasse weitere Einnahmen aus dem Branntwein zuführen würden. Finanzminister v. Scholz würde freilich trotzdem einstweilen noch auf die volle Durchführung seines Steuerprogramms verzichten und die übrigen der „so leicht" zu erlangenden Hunderte von Millionen erst später aufheben müssen. Durch diese Genügsamkeit wird sich Herr v. Scholz aber sicher die Unzufriedenheit der von ihm so gerühmten „Schlesischen Zeitung" zuziehen, welche neulich vor halben Maßregeln und vor jedem Pfuscherwerk warnte, durch welches zwar eine Anzahl von Millionen mehr als seither, aber nicht sofort derjenige Effect erreicht wird, der überhaupt erreicht werden könne und erreicht werden müsse. Großen Zwecken könne nur durch große Mittel entsprochen werden, aber große Mittel könnten nicht durch kleinliche Maßregeln erzielt werden. Die Steuerfrage müsse, mahnt die „Schles. Ztg." weiter, in Vereinen und Versammlungen ständiges Thema der Erörterungen bleiben, um weiten Kreisen die Erkenntniß zu erschließen, daß für Reich, Staat und Gemeinden in großem Stile finanzielle Vorsorge getroffen werden muß. Vor allem sei es die Nothwendigkeit einer Entlastung der Communen, welche das Bedürfniß begründet. Selbst wenn den Communen ein Theil der Schullasten abgenommen werde, bleibe die Lage zahlreicher Communen noch immer eine finanziell ungemein schwierige. Durchgreifend könne hier nur geholfen werden, wenn den communalen Verbänden von Seiten des Staates die vollen Erträge der Grund- und Gebäudesteuer überantwortet würden.

Die „Schles. Ztg." hat ja leider Recht darin, daß eine Reihe von städtischen und ländlichen Gemeinden schwer unter ihren Communallasten zu leiden haben; aber ist sie wirklich der Meinung, daß diesen die Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer eine durchschlagende Hilfe gewähren würde?

In wie geringem, in keinem Verhältniß zu einer die breite Masse des Volkes treffenden neuen Belastung stehenden Maße gerade die bedürftigsten Gemeinden durch die Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer entlastet würden, möge an den von der „Schles. Ztg." selbst als besonders nothleidend hingestellten Communen unter Benutzung der statistischen amtlichen Tabellen von Herrfurth gezeigt werden. Sie hebt die maßlose Besteuerung der Städte des Gumbinner Regierungsbezirks besonders hervor. In den sämmtlichen Städten des Regierungsbezirks werden die gesammten Abgaben nur nach der Klassen- und Einkommensteuer vertheilt, wodurch der Zuschlag zu dieser natürlich einen besonders hohen Procentsatz erreicht.

Am höchsten ist derselbe in der Stadt Rhein mit 2226 Einw., wo er 560 Proc. beträgt. Der Gesammtbetrag der Gemeindeabgaben beläuft sich auf 19 855 Mk., der der Grund- und Gebäudesteuer auf 1762 Mk., so daß bei Ueberweisung der letzteren an die Gemeinde diese nur wenig entlastet würde, d. h. daß sie statt 580 ferner 528 Procent Zuschlag zur Klassen- und Einkommensteuer zu erheben hätte.

Es folgt dann das Städtchen Arys mit 1306 Einw. und einem Gesammtbetrag der Gemeindeabgaben von 11 024 Mk.; Klassen- und Einkommensteuer werden 1953 Mk., Grund- und Gebäudesteuer 1701 Mk. gezahlt. Der Zuschlag zur Klassen- und Einkommensteuer beträgt jetzt 560 Proc.; nach Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer würde er noch 472 Proc. betragen.

Die Stadt Bialla mit 1670 Einw. und 14 828 Mark Communalabgaben hat bei 3021 Mk. Klassen- und Einkommensteuer und 2067 Mark Grund- und Gebäudesteuer jetzt 490 Proc. Zuschlag, nach Ueberweisung der letzteren noch 422 Procent zu zahlen.

Die Stadt Angerburg mit 4327 Einwohnern und 44 021 Mk. Communalabgaben, von welcher 9 069 Mk. Klassen- und Einkommensteuer und 4805 Mk. Grund- und Gebäudesteuer gezahlt werden, bedarf jetzt eines Zuschlages von 485 Proc., nach Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer noch 432 Proc.

Fast noch geringere Erleichterung würde diesen Städten aus der Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer an die Communalverbände — die Kreise — erwachsen und dabei genirt sich die „Schles. Ztg." nicht, zu sagen, durchgreifend könne den bedürftigen Gemeinden nur geholfen werden durch Ueberweisung der vollen Grund- und Gebäudesteuer an die communalen Verbände.

Wie leichtfertig im übrigen die „Schles. Ztg." mit den Zahlen umgeht, um die Noth der Gemeinden recht drastisch darzustellen und die Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer um so nöthiger erscheinen zu lassen, zeigt folgender Ausspruch derselben: „Nach dem amtlichen Berichte, welchen der Regierungs-Präsident v. Quadt anläßlich des Nothstandes in Oberschlesien erstattet hat, wurden im Kreise Rybnik durchschnittlich 513 Procent der Einkommen- und Klassensteuer, in verschiedenen Gemeinden dieses Kreises aber 900, 1000, 1200 oder auch 1400 Proc. an Communal-, Kirchen- und Schullasten gezahlt. In den letztgedachten Gemeinden steigerten sich also die directen Steuern, einschließlich der Staatssteuer, **auf 45 Proc. des Jahreseinkommens.**" Die „Schles. Ztg." fügt dem noch in einem späteren Artikel hinzu: „Fünfundvierzig Procent vom Einkommen, heißt es in einer Zuschrift, das kann nicht sein, es streitet **gegen den gesunden Menschenverstand.**"

Wir sagen ebenfalls, das kann nicht sein und das ist auch nicht, und die ganze Berechnung, welche die „Schles. Ztg." darüber aufstellt, ist eine falsche. Sie sagt: die Staatssteuer macht 3 Proc. des Einkommens, 1400 Proc. desselben macht $14 \times 3 = 42$ Proc., dazu die Staatssteuer selbst 3 Proc., zusammen also sind 45 Proc des Einkommens zu zahlen. Aber die „Schlesische Zeitung" sollte doch wissen, daß erst bei den höheren Einkommensteuerstufen die Steuer mit 3 Procent berechnet wird und daß sie sich nach unten hin abstuft?

Im Kreise Rybnik wird kaum Jemand sein, welcher 3 Proc. Steuer von seinem Einkommen zahlt, denn im ganzen Kreise wurden 1880/81 überhaupt nur 566 Mk. Einkommensteuer gezahlt; dagegen ist wohl mit ziemlicher Sicherheit anzunehmen, daß in einer so ärmlichen Gemeinde, daß sie 1400 Proc. Zuschlag zahlen muß, Keiner ist, der höher als mit einem Einkommen als 1200 Mk. zur Klassensteuer eingeschätzt worden. Bei einem Einkommen bis zu 1200 Mk. beträgt aber die Steuer nur ¾ Proc. vom Einkommen, so daß bei einem Zuschlag von 1400 Proc. nicht 45 Proc. des Jahreseinkommens, wie die „Schles. Ztg." rechnet, sondern nur 11¼ Proc. gezahlt werden.

Es ist ja aber auch dies noch ein sehr hoher Betrag für eine in so ärmlichen Verhältnissen lebende Bevölkerung, jedoch auch hier würde wenig durch Ueberweisung der Grund und Gebäudesteuer geholfen werden. Die Schuld daran, daß so elende Gemeindeverhältnisse existiren, tragen allein diejenigen, die geduldet haben, daß solche nicht lebens- und leistungsfähige Gemeinden gebildet worden sind und auch noch ferner als selbständige Gemeinden bestehen bleiben. Meistens sind ja diese nicht leistungsfähigen Gemeinden entstanden aus Abzweigungen von größeren Rittergütern oder fiscalischen Forsten, welche sich dann ihrer Pflichten gegen diese Abzweigungen einfach dadurch entledigt haben, daß aus diesen mit Zustimmung der Behörden selbständige Gemeinden gebildet sind, welche dann zwar noch die Arbeitskräfte für die Rittergüter und Forsten liefern, für die kranken und erwerbsunfähig gewordenen Arbeiter aber selbst sorgen müssen.

Diese nicht lebensfähigen Gemeinden aufhören zu lassen, liegt in den Händen der Verwaltungsbehörden; schwerlich wird aber bei unserem jetzigen Regierungssystem eine Aenderung zu erwarten sein. Auf die Landgemeindeordnung werden wir wohl noch warten müssen.

## Die Ausbreitung der zollpolitischen Reaction.

Die Erhöhungen des **griechischen** Zolltarifs, welche vor kurzem die griechische Regierung beschlossen und vorläufig sofort in Kraft gesetzt hat, sind besonders bemerkenswerth als ein neues Anzeichen für die Ausbreitung der zollpolitischen Reaction in Europa. Griechenland hat einen Theil seiner Zollsätze vertragsmäßig, speciell durch den Handelsvertrag mit Deutschland vom 9. Juli 1884, gebunden. Ueber weitere Handelsverträge schweben gerade zur Zeit noch Verhandlungen. So ist zwischen Frankreich und Griechenland vor kurzem eine provisorische Convention vereinbart worden, welche im Wesentlichen auf der Meistbegünstigungsclausel beruht, aber auch für französische Weine und Putzartikel eine Zollermäßigung auf die Hälfte der bestehenden Sätze stipulirt. Mit Oesterreich-Ungarn steht Griechenland gegenwärtig über den Abschluß eines Meistbegünstigungsvertrages in Unterhandlung. Wenn trotzdem die griechische Regierung jetzt für eine Reihe wichtiger Importartikel die bestehenden Zollsätze erhöht und für andere hervorragende Artikel, welche zur Zeit zollfrei sind, neue Zölle einführt, so ergiebt sich daraus vor allem recht überzeugend, welchen geringen Werth heute Meistbegünstigungsverträge haben, so weit sie sich nicht auf Conventionaltarife stützen. Im deutsch-griechischen Handels-Vertrage sind insbesondere die griechischen Zölle auf Eisen und Eisenwaaren gebunden. Die jetzt von der griechischen Regierung beschlossenen Erhöhungen lassen diese Sätze ganz unberührt und setzen sie somit auch nicht gegenüber den Staaten ohne Meistbegünstigung hinauf. Dagegen werden sehr beträchtliche Erhöhungen, zum Theil auf das Doppelte und noch mehr, auf solche Artikel gelegt, welche im deutsch-griechischen Vertrage nicht erwähnt sind. Ohne gegen die vertragsmäßigen Verpflichtungen zu verstoßen, vermag also Griechenland doch bei vielen wichtigen Einfuhr-Artikeln den Absatz zu erschweren. Die Bestimmung, daß künftig alle Zollzahlungen in Gold zu leisten sind und bei Zahlung in dem mit Zwangscours ausgestatteten Papiergeld noch ein Zuschlag von fünfzehn Procent erhoben werden soll, bedeutet vollends eine neue Belastung des gesammten Exports nach Griechenland, gleichviel ob es sich um die Erzeugnisse meistbegünstigter oder anderer Staaten handelt.

Griechenland reiht sich mit diesen neuesten Absperrungsmaßregeln denjenigen Staaten an, welche, entweder in offen zugegebener Nachahmung der neuesten deutschen und russischen Zollpolitik oder **unter dem Druck der von Deutschland und Rußland verfolgten Schutzzollpolitik**, unter Festhaltung eines Systems von Meistbegünstigungs-Verträgen, doch eine immer schärfere Abschließung des inländischen Marktes anstreben. **Rumänien** hat, speciell in Folge der mit Oesterreich-Ungarn ausgebrochenen handelspolitischen Zwistigkeiten, diesen Weg beschritten. Die **Schweiz** schickt sich an, während die Verhandlungen über einen neuen Vertrag mit dem deutschen Reiche nur geringe Aussicht auf Erfolg bieten, ähnliche Maßregeln in Kraft zu setzen, und **Italien** will sich durch Kündigung seiner mit Frankreich und Oesterreich abgeschlossenen Verträge die Bahn zu einem nachdrücklichen Vorgehen in der gleichen Richtung erschließen.

Die Bedeutung aller dieser Vorgänge läßt sich dahin charakterisiren, daß das Beispiel, welches von den durch industrielle oder landwirthschaftliche Leistungen hervorragenden Großstaaten des Continents gegeben worden ist, immer mehr Nachahmung findet. Es hat einer gewissen Zeit bedurft, ehe die thatsächlich ergriffenen Maßregeln und die theoretisch aufgestellten Lehren der nationalen Abschließung ihre volle Wirkung haben ausüben können. Aber jetzt schießt die seit 1878 ausgestreute schutzzöllnerische Saat überall empor und die dadurch hervorgerufene **Verschärfung der internationalen Handelsfeindseligkeit** scheint die neue Epoche handelspolitischer Entwickelung, welcher Europa entgegengeht, kennzeichnen zu sollen.

## Deutschland.

△ **Berlin**, 15. Dezember. Der Bundesrath wird am Donnerstag seine regelmäßige Wochensitzung abhalten, indessen nur laufende Geschäfte erledigen; es dürfte alsdann in diesem Jahre vielleicht keine Plenarsitzung weiter stattfinden, sondern eine Weihnachtspause eintreten, welche bis Mitte Januar k. J. sich ausdehnen möchte. Augenblicklich liegt Gesetzgebungs-Material nicht vor; indessen ist man auf die Möglichkeit vorbereitet, in dieser Richtung noch einer vielleicht erheblichen Thätigkeit näher treten zu müssen. Die Nachricht, daß sich der Reichstag möglicherweise noch mit einer **Spiritussteuer-Vorlage** zu beschäftigen haben werde, hat nicht überrascht. Es ist bekannt, daß Vorarbeiten in dieser Richtung im preußischen Finanzministerium seit längerer Zeit abgewickelt sind und man dort nur auf die Anordnung angewiesen war, mit einer betreffenden Vorlage als Antrag Preußens an den Bundesrath zu gehen.

□ **Berlin**, 15. Dez. Die Vollzugs-Commission, welche berufen ist, den Zollanschluß Hamburgs in die Wege zu leiten, hat hier eine Reihe von Sitzungen abgehalten, um verschiedene Festsetzungen für die nächste Zeit zu treffen. Vorläufig wird hier die Commission nicht wieder zusammenzutreten haben, sondern eine eventuelle Thätigkeit in Hamburg oder an einzelnen Punkten der Anschlußlinie fortzusetzen haben. — Durch die seitens des Hamburger Senats erfolgte Ernennung des Senators Dr. Versmann zum zweiten Bürgermeister von Hamburg für das nächste Jahr tritt bezüglich dessen Eigenschaft als Bevollmächtigter zum Bundesrathe keine Veränderung ein. Seit dem Bestehen des norddeutschen Bundes bezw. des deutschen Reiches waren als Hamburgische Bevollmächtigte

---

## Lelia Rubien.

(Nachdruck verboten.)

24) Von H. Keller-Jordan.

(Fortsetzung.)

Lelia setzte sich in Melanies Fauteuil, der hinter einer Gruppe exotischer Gewächse stand. In dem Geäste derselben wiegte sich lässig in blankem Ringe ihr Papagei.

Sie las Melanies Brief, den Herr Andersen ihr eingehändigt:

„Wenn Du diese Zeilen in Deiner Hand hältst, Julius, dann ist Deine arme Melanie weit von Dir! Sie irrt heimathslos in der öden Welt, oder hat vielleicht schon ihr Grab gefunden in den Wellen der schönen Elbe, an deren Ufern wir oft so glücklich waren. Du liebst mich nicht mehr, Du hast Ursache, mich zu verachten — und doch bin ich nicht die Verbrecherin, für welche Du mich hältst. Wenn ich eine Sünde beging, Julius, eine große, große Sünde, so war es die der allverzeihlichen Liebe, die ich für Dich zu allen Zeiten empfunden habe — und die mich jetzt so elend gemacht.

„Konnte ich dafür, daß ich schön war, Julius, und so vielen Männern gefiel wie kein anderes Weib? Ich lebte mit meiner Mutter, wie Du weißt, in gedrückten Verhältnissen, als ich die Bekanntschaft Rubiens machte. Er liebte mich und verfolgte mich, er steckte sich hinter meine Mutter, die mir eine gesicherte Existenz wünschte, und so umlockte er mir in einer unglücklichen Stunde das Versprechen, die Seine werden zu wollen. Ich liebte ihn nicht, und habe ihn nie geliebt. Und doch hätte ich ihn geheiratet, Julius, aus Gehorsam gegen meine gute Mutter — wenn — — Doch wozu Dir von meiner Liebe sprechen, Julius, die Du doch nicht mehr verstehen kannst? Ich hatte Dich gesehen und konnte nicht die Frau Rubien's werden. Das Uebrige weißt Du. Ich wurde Deine Frau und war glücklich.

„Als Rubien mit der kleinen unbedeutenden Creolin nach Hamburg zurückkehrte und mich wiedersah, erwachte seine alte Neigung mit Ungestüm. Ich nahm mir vor, ihn davon zu heilen und wurde seine Freundin. Wäre seine Frau, diese arme, kleine Frau, wie Du sie nennst, für welche Du trotz Allem und Allem ein leises Weh hattest, eine Andere gewesen, weniger verstockt, weniger dumm, es wäre mir auch sicher gelungen, denn er war elend und kränklich geworden und sehnte sich nach Ruhe. Aber hat sie denn mit ihren düsteren, schmachtenden Augen die Fähigkeit, einen Menschen zu beglücken?

„Rubien war unglücklich, dazu die kranke Brust, die Aufregung an der Seite einer verstockten lieblosen Frau — wie konnte es da anders kommen?

„An dem letzten Tage bat er mich, ihm sein Lieblingslied zu singen, das Lied, welches ich gesungen, als er mich zum ersten Male gesehen. Ich verweigerte es, er wurde dringend und sagte schließlich, daß er keine Freude auf der Welt habe — und heute, nur heute möchte ich seinen Wunsch erfüllen.

„Du warst an dem Tage verreist, Lelia hatte ihre hochmüthige Laune, und so kam er krank, unglücklich und gebrochen zu mir. Du kennst das Uebrige. Kaum hatte ich das Lied vollendet, da brach er zusammen und ein heftiger Blutsturz war die Folge. Sterbend legte er die Brieftasche in meine Hand. Ich hatte keine Ahnung, daß sie Geld enthielt, ich dachte nur, sie sei als letztes Andenken für mich bestimmt, für mich, die er so leidenschaftlich geliebt hatte — und die diese Liebe doch nie erwidern konnte.

„Erst nach einigen Wochen öffnete ich sie. Man hatte das Geld bereits vermißt — man würde mich verdächtigen —

„Und doch, ich schwöre es Dir, Julius, wollte ich sie Dir einhändigen, sobald Du nach Hause kämest, aber dann kam mir der Gedanke, daß Du so viele Sorgen habest, daß die Geschäfte darnieder lägen und daß Rubien das Geld doch vielleicht für mich bestimmt — kurz, ich war schwach aus Liebe, und als ich lange nachher erfuhr, daß er das Geld geholt, um das Haus seinem Kinde zu sichern, da war es zu spät.

„Ich bin eine Schuldige, deshalb verlasse ich Dein Haus, Du sollst keine Schande erleben durch mich. Aber was auch die verleumderischen Zungen sonst über mich aussprengen mögen, Julius, glaube Ihnen nicht. Unglücklich, bei dunkler Nacht, schleiche ich aus Deinem Hause, weil ich es nicht ertragen kann, daß Du mich verachtest. Was frage ich nach der übrigen Welt?

„Lebe wohl, Julius, mein Ewiggeliebter, ich küsse die Schwelle, hinter welcher Du schläfst — und gehe in Armuth, Elend — vielleicht in den Tod. Lebe wohl und vergieb, wenn Du kannst, Deiner Melanie!"

Als Lelia den Brief gelesen, sank ihr Kopf zurück auf die Lehne des Sessels und ihr Gesicht war todtenbleich Die Hände, die das Blatt gefaßt hielten, zitterten krampfhaft.

War es möglich, daß so viel Lüge und Verworfenheit in einer so schönen Hülle leben konnte? Sie hatte bis dahin Melanie für eitel und unwahr gehalten, besonders wo es galt, ihre Koketterien zu befriedigen und zu ihrem Zweck zu gelangen, aber aus diesen Zeilen entpuppte sich ein fürchterlich verzerrtes Menschenbild, ein Weib, das vor nichts zurückschreckte, dem nichts heilig war, und das schließlich noch den armen, betrogenen Mann umgarnte, weil sie ihn voraussichtlich noch gebrauchen konnte.

Lelia hatte die Augen fest geschlossen, ihre Gedanken kreisten durcheinander. Es war ihr auf einmal, als umtosten sie die brandenden Wogen am Gestade ihres Heimathlandes und riefen sie zu sich. Wo fand sie ein Asyl des Friedens auf der weiten Welt? O, sie sehnte sich fort, weit, weit in stille, einfache Verhältnisse, wo ihre Seele genesen konnte von Allem, was man ihr gethan!

Der Platz, an welchem Andersen vorher gesessen, war leer. Carla, die inzwischen eingetreten war, strich besänftigend über Lelia's Scheitel. „Der arme Onkel! Weißt Du, daß Tante Melanie mit Richter fort ist? Herr v. Labinow hat sie heute früh auf dem Bahnhofe gesehen."

„Mit Richter? Wer sagt Dir das?"

„Frau v. Labinow, die bei Deiner Tante ist. Ihr Sohn hat ein Blatt aus seinem Notizbuche gerissen und es ihr durch den Diener geschickt. Es enthielt in russischer Sprache die Worte: „„Herr Richter und Frau Andersen fahren mit demselben Zuge nach Frankfurt, ich bezweifle, daß sie mich gesehen haben.""

„Weiß es Dein Onkel?"

„Noch nicht. Der Arme ist fassungslos, und da er mir aufgetragen hat, sobald Du Dich erholt habest, ihn zu rufen, so — —"

„Ach, Carla, was kommt Alles über das Menschenherz", seufzte Lelia, indem sie sich erhob und ihre Arme ungestüm um des Mädchens Hals schlang, „was habe auch ich durchlebt und durchlitten! — Aber Dein armer Onkel, wo ist er? Jetzt ist er es, der unserer ganzen Liebe bedarf, es ist ein Schmerz, der für seine Kräfte fast zu schwer ist, wenn ihm die Augen ganz aufgehen über diese Frau. Gott möge ihm beistehen!"

Und dann ging sie festen Schrittes hinüber in sein Zimmer.

Als sie nach zwei Stunden wieder über die Schwelle schritt und endlich hinauf in ihre Wohnung ging, war ihr Gesicht zwar immer noch bleich, aber ihre Züge ruhig und sanft.

Einige Wochen später wurde das große, schöne Haus des Herrn Andersen in St. Pauli verkauft, angeblich, weil er in der Nähe seines Comptoirs zu wohnen beabsichtigte. Man fand das so begreiflich. Was sollte der verlassene Mann in den großen eleganten Räumen, wo ihn jeder Gegenstand an die Unwürdige erinnern mußte, die ihn so treulos verlassen? Der Reichthum konnte für ihn keinen Reiz mehr haben und es war so natürlich, daß er, da ihm die schöne Frau, die er so geliebt, fehlte, eine kleine Garçonwohnung bezog und seine Nichte Carla Frau Rubien überließ, die ihn darum gebeten hatte. (Fortsetzung folgt.)

## Eine Seefahrt nach Kopenhagen.

(4. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Die Porträts des gräflich Ulfeld'schen Ehepaares wecken besonders hier auf dem Schauplatz ihrer stolzesten Erfolge warme Theilnahme, gedenkt man ihrer späteren Schicksale. Hier ward das Lieblingskind König Christians IV. von seiner ihm zur linken Hand angetrauten zweiten Gemahlin Kirsten Munk am 8. Juli 1621 geboren, hier verlebte die schöne Eleonore Christine ihre glückliche Kindheit, hier ward sie am 9. Oktober 1636, 15 Jahre alt, Corfiz Ulfeld, dem stolzen Grafen, vermählt, der Friedrich III. glaubte die Bedingungen vorschreiben zu können, unter denen er den Thron des Vaters besteigen durfte. Während König Christian sich zur Kriegführung in Deutschland befand, hatte er Eleonore mit zweien ihrer Geschwister, dem Prinzen Waldemar und der Prinzessin Sophie Elisabeth, auf Rath der Königin-Wittwe, ihrer Großmutter, nach Leeuwarden in Holland der Gräfin Sophie Hedwig von Nassau-Diez zur Erziehung gesendet. Der alte Graf von Thurn, der, durch Sturm an die holländische Küste verschlagen, Leeuwarden besuchte, schrieb dem Könige von diesen Kindern, sie wären „Amor et deliciae generis humani". Eleonore Christine hat sich dieses Ausspruches in Glück und Unglück würdig bewiesen. Durch ihre Schönheit, ihren Geist, ihre Kenntnisse

zum Bundesrathe ernannt der nunmehrige erste Bürgermeister Dr. Kirchenpauer, der übrigens demnächst 80 Jahre alt wird, der Senator Dr. Schröder und der genannte Senator Dr. Versmann.

* [Fürstliches Verlobungsproject.] Aus München wird der „Frankf. Ztg." geschrieben: Ein hier mit großer Bestimmtheit auftretendes Gerücht will davon wissen, daß eine Verlobung des Prinzen Rupprecht, des ältesten Sohnes des Prinzen Ludwig, mit der jüngsten Tochter des preußischen Kronprinzen geplant ist. Was daran Wahres ist, vermag ich augenblicklich nicht zu sagen. Möglicher Weise ist es leere Combination auf Grund der stattgehabten Besuche.

* [Die Ordens-Decoration des Kriegsministers.] Das „Deutsche Tageblatt" wollte vor kurzem wissen, dem Kriegsminister werde voraussichtlich in nächster Zeit der Schwarze Adlerorden verliehen werden. Der „Post. Ztg." schreibt man dazu: Diese Meldung ist, abgesehen von dem Mangel an Discretion, den sie verräth, offenbar unrichtig, denn der Kriegsminister besitzt zur Zeit den Rothen Adlerorden erster Klasse, würde also dem bisher ausnahmslos beobachteten Gange der Ordensverleihung zufolge zunächst das Greußkreuz zum Rothen Adlerorden erhalten müssen, ehe die Verleihung des Schwarzen Adlerordens erfolgen könnte.

* [Der Fürsterzbischof von Prag], Graf von Schönborn hat gestern Nachmittag seine Rückreise nach Prag angetreten. Die „Germania" bemerkt über Prager Diöcesanverhältnisse Folgendes: Den preußischen Antheil der Erzdiöcese Prag bildet die Grafschaft Glatz (allein) mit einer Zahl von mehr als 170 000 Katholiken; sie übertrifft darin die Bisthümer Fulda, Hildesheim und Osnabrück, hat aber in Folge des Culturkampfes großen Mangel an Priestern.

* [Zum Seeunfallgesetz] meldet man dem „Hamb. Corr.", daß die Ausschüsse des Bundesraths die Einbehaltung von 2 pCt. der Heuer für Krankenversicherung beantragen. Die Unfallversicherung sollen die Rheder allein tragen.

* [Die Vereinigung aller deutschen Kriegerverbände] unter dem Schutze des Kaisers, die schon seit längerer Zeit in Aussicht genommen ist, dürfte bald erfolgen.

* [Repressalien], welche die russische Regierung gegenüber den Ausweisungen russischer Unterthanen aus deutschem Reichsgebiete zu nehmen gesonnen scheint, nehmen immer deutlichere Contouren an. Jetzt bringt das officielle Warschauer Blatt, der „Warschawski Dniewnik" eine vollständige Aufstellung, nach welcher sämmtliche Ausländer in einzelne Kategorien eingetheilt werden sollen. Für jede einzelne Kategorie aber sollen besondere Gesetzbedingungen geschaffen werden. Alle diese „Gesetzbedingungen" aber sollen darauf hinzielen, dem Ausländer eine Niederlassung innerhalb der russischen Grenze, besonders aber in den Ostseeprovinzen, zu erschweren, ja ganz unmöglich zu machen. Außerdem aber müsse jeder Ausländer in Rußland mehr Staatslasten tragen, als die eigenen Unterthanen. Nur auf diese Weise könnte es möglich sein, den Zudrang fremdländischer Elemente nach Rußland zu beschränken, mit welchen die junge und noch nicht erstarkte Industrie Rußlands die Concurenz nicht leicht aufnehmen könne. Auch so ein Beweis der „thurmhohen Freundschaft", die man im Zarenreiche für Deutschland empfindet!

Aus **Warschau** erhält die „K. H. Ztg." folgende Meldung vom 15. Dezember: Ein kaiserlicher Ukas ist bevorstehend **gegen den Gütererwerb** durch Deutsche in Polen, Litauen und Klein-Rußland. Früher abgeschlossene Güterkäufe werden dadurch rechtlos.

* [Hofprediger Stöcker] giebt von Neujahr eine „Deutsche evangelische Kirchenzeitung", unter Mitwirkung orthodoxer Pastoren und Professoren, sowie des Ober-Verwaltungs-Gerichtsraths Hahn und der Grafen von Hagen und zu Stolberg-Wernigerode-Tütz heraus. Das Blatt soll sich vorzugsweise mit der Agitation für größere Selbständigkeit und Ausstattung der evangelischen Kirche und mit socialen Fragen beschäftigen. Stöcker zeichnet als Herausgeber, Dr. Otto Pohl als Redacteur.

* [Die Witu-Gesellschaft] gedenkt, wie verlautet, 50 Antheilscheine zu 10 000 Mk. auszugeben und mit diesen 500 000 Mk. die Colonisation ihres Gebiets in Angriff zu nehmen.

**Breslau**, 13. Dezbr. Die von den ungarischen Auswanderern her drohende Choleragefahr ist nunmehr auf das geringste Maß zurückgegangen, und zwar wesentlich durch Vorkehrungen von österreichisch-ungarischer Seite, die man vielleicht auf diplomatische Einwirkungen von Berlin aus zurückführen darf. Sämmtlichen Billeterpeditionen der Kaiser-Ferdinands-Nordbahn und der Kaschau-Oderberger Bahn ist in letzter Zeit von ihren Directionen eine Verfügung des österreichischen Ministeriums des Innern zugegangen, nach welcher, so lange die Cholera in Ungarn nicht als gänzlich erloschen zu betrachten ist, an Personen, die im Verdachte der Auswanderung nach Amerika stehen, Fahrbillets nicht verkauft werden dürfen, mögen diese Personen unbemittelt oder bemittelt sein. Diese Maßregel und höhere Verordnungen der ungarischen Regierung haben die Auswanderung so eingeschränkt, daß in der letztvergangenen Woche täglich im Durchschnitt höchstens sechs solcher Personen über Oderberg nach Deutschland weiter gereist sind. Wie die ungarische, so ist auch die österreichische Regierung mit großer Strenge gegen die Agenten der Dampfschiffahrts-Gesellschaften und deren Unterhändler vorgegangen, selbst den beiden in Oesterreich-Oderberg angesessenen staatlich concessionirten Agenturen ist es bei Strafe verboten worden, sich im Verkehr mit den Auswanderern irgend eines Vermittlers zu bedienen oder auf jene in irgend einer Weise einzuwirken, die mit der Beförderung nach dem Hafenplatze nichts zu thun hat. Der preußische Arzt Dr. Stein ist noch in Oderberg stationirt; irgend welche verdächtige Erkrankungen von Reisenden sind in der letzten Woche nicht vorgekommen. (Schles. Ztg.)

* **Bremen**, 15. Dezbr. Mit Bezug auf die von Bremen beabsichtigte **Vertiefung der Unterweser** und die dadurch bedingte Veränderung der Wasserverhältnisse für die Uferstaaten wird officiös aus Berlin gemeldet: Um für die Stellungnahme Preußens bezüglich der demnächst durch Commissarien der Weseruferstaaten vorzubereitenden Verständigung zwischen Bremen und den anderen betheiligten Staaten eine sichere Unterlage zu schaffen, begeben sich Vertreter der betheiligten Ministerien unter der Leitung des Unterstaatssecretärs im Ministerium für Landwirthschaft, Domänen und Forsten, Marcard, an die Unterweser, um durch Prüfung der einschlagenden Fragen an Ort und Stelle und durch Verhandlung mit den Interessenten den Umfang der betheiligten preußischen Interessen und das, was zur Wahrung derselben zu geschehen haben wird, in vollem Umfange klarzustellen. Die Untersuchung wird mehrere Tage in Anspruch nehmen.

**München**, 15. Dezbr. Die Generalversammlung des bairischen Kunstgewerbevereins beschloß, mit der auf 1888 festgesetzten internationalen Kunstausstellung hier eine deutsch-nationale **Kunstgewerbeausstellung** zu verbinden. Der mitanwesende Staatsrath Ziegler sprach die Sympathie der bairischen Regierung mit dem Gesammtprojecte aus.

## Oesterreich-Ungarn.

**Wien**, 14. Dezember. Schönerer kündigte im Reichsrath einen **Antrag** gegen die Einwanderung der Juden an. — Im Prager Landtage beantragte Plener, die Sprachenverordnung von 1880 und den jüngsten Justizerlaß aufzuheben.

**Pest**, 14. Dezember. [Unterhaus.] Der von dem Abg. Istoczy eingebrachte Gesetzentwurf betreffend die Aufhebung der Börsenschiedsgerichte wurde in namentlicher Abstimmung mit 144 gegen 36 St. abgelehnt.

## Frankreich.

**Paris**, 14. Dezember. [Deputirtenkammer.] Nach Wiederaufnahme der Sitzung ergriff Clémenceau das Wort und erklärte, es existire eine Majorität für Reformen, namentlich für die Trennung von Kirche und Staat. Das Cabinet Freycinet sei gestürzt worden, weil es stationär geblieben sei. Die Erklärung des neuen Cabinets vom Sonnabend habe nicht allgemein befriedigt. Eine Majorität sei unmöglich ohne Mithilfe der äußersten Linken. Der Ministerpräsident Goblet gedachte in ehrenden Worten Freycinet's, der nur durch einen Zufall und nicht durch die Majorität gestürzt worden sei. Die in der ministeriellen Erklärung vom Sonnabend gemachten Versprechungen sollten nicht leere Worte sein, sondern Thatsachen, welche das Cabinet von Beginn des nächsten Jahres ab verwirklicht wissen wolle; das Cabinet dürfe nur solche Reformen vorschlagen, für die eine Majorität bestehe. Was die religiöse Frage angehe, so sehe er in nächster Zeit noch keine Lösung. Zuvörderst müsse man eine große Majorität im Lande zusammenbringen; das Cultusbudget einfach aufzuheben, wäre ein ungesetzliches Mittel. Für die Trennung von Kirche und Staat sei keine Majorität vorhanden. Die Republik sei seit 10 Jahren fest begründet und regiere durch die Freiheit, während eine Monarchie nicht einen einzigen Tag in diesem Sinne regieren würde; es sei zu hoffen, daß die kommende Generation unter dem Einflusse des Unterrichtsgesetzes noch republikanischer sein würde. Er nehme den **Kampf** mit der **Rechten** zuversichtlich auf, weil er das Land hinter sich wisse; er nehme die Hilfe aller Republikaner an. Mackau erklärt namens der Rechten, für die Bewilligung der Zwölftel der Jahreseinkünfte zu stimmen, doch solle dies durchaus nicht ein Zeichen des Vertrauens sein. Die Vorlage wird mit 528 gegen 12 Stimmen angenommen.

Der Antrag, die Berathung über die Zuschlagtaxe auf Cerealien morgen zu beginnen, wurde mit 339 gegen 211 Stimmen abgelehnt. Die Kammer vertagte sich auf morgen Nachmittag 4 Uhr. (W. T.)

* [Bonapartistischer Ehebund.] Wie der „Figaro" meldet, steht die Vermählung der Prinzeß Marie Laetitia, Tochter des Prinzen Napoleon, mit ihrem Vetter, dem Prinzen Roland Bonaparte, bevor. Der Bräutigam, geboren am 19. Mai 1858, ist seit 1882 Wittwer; die Braut ist am 20. Dezember 1866 geboren.

* [Preßstimmen über die Erklärung des Ministeriums.] Nachstehend lassen wir die Urtheile der maßgebenden Organe der Majorität über die Erklärung des Cabinets Goblet folgen:

„Journal des Débats": „Wenn man die gestrige Erklärung mit derjenigen vom 16. Januar 1886 vergleicht, so fallen zuerst ihre Lücken auf. Kein Wort über die Säuberung des Beamtenpersonals, über die Trennung der Kirche vom Staate, über die Central-Mairie von Paris. Man muß es Herrn Goblet Dank wissen, daß er über diese drei der äußersten Linken theuren Fragen vollständiges Schweigen gewahrt hat. Auch dazu muß man Herrn Goblet Glück wünschen, daß er sich entschlossen erklärte, die auswärtige Politik seines Vorgängers fortzusetzen. Es war gut, daß das neue Cabinet sich gleich in der ersten Stunde ganz bestimmt mit dem Ministerium solidarisch erklärte, an dessen Stelle es getreten ist."

„République française": „Herr Goblet hat sich geweigert, das Land zu täuschen und nach dem Sinne der äußersten Linken zu handeln, indem er undurchführbare Reformen versprach, welche die Majorität der republikanischen Partei ablehnt: Die sofortige Trennung der Kirche vom Staate, die Gemeinde-Autonomie, die Wahl der Richter durch das allgemeine Stimmrecht. Desgleichen hat er, was die auswärtige Politik betrifft, die lobenswertheste Sprache geführt, und die republikanische Majorität, welche leider noch nicht die parlamentarische Majorität der Kammer ist, hat diese Erklärung mit Beifall aufgenommen. Die Rechte und die äußerste Linke blieben in der öffentlichen Sitzung stumm, aber ihre Führer ließen auf den Gängen die bittersten Klagen und den herbsten Widerspruch vernehmen. Man wird das Ministerium Goblet nicht sogleich stürzen; solches steht ihm erst nach dem Wiederzusammentritt der Kammer bevor."

„Justice": „Niemand hat in diesem jämmerlichen Stücke gouvernementaler Prosa seine Gedanken, seine Sorgen, seine Hoffnungen, seinen Glauben wiedergefunden. Die Kammer hat sich denn auch mehr als streng, sie hat ein eisiges Gesicht gezeigt .... Glücklicherweise ist noch nichts ganz verloren. Mit dem, was der Verfasser der ministeriellen Erklärung in seine Arbeit aufzunehmen vergaß, kann der Conseilspräsident in der nächsten Sitzung der Kammer noch eine seiner denkwürdigsten Reden halten."

„Intransigeant": „Das eine muß man Herrn Goblet lassen: er ist der erste Minister, der offen erklärt, er wolle nichts thun. Herr v. Freycinet ist gefallen, weil er nichts that, und sein Nachfolger hofft sich zu behaupten, indem er nichts thut. Diese Politik der verschränkten Arme kann für viele Abgeordnete bequem sein, welche sie der Mühe jeder parlamentarischen Arbeit entheben würde."

„Radical": „Hat Herr Goblet etwa geglaubt, er trete mit einem ernsthaften Cabinet, um das sich eine Majorität schaaren würde, vor die Kammer? In diesem Falle muß die Dosis von Illusionen, die sich in dem Kopfe eines Conseilspräsidenten einnisten kann, unermeßlich sein."

## Italien.

**Bologna**, 14. Dezember. Die Leiche **Minghetti's** traf heute Vormittag hier ein und wurde Nachmittags unter zahlreicher Betheiligung der Bevölkerung bestattet. (W. T.)

## Türkei.

**Konstantinopel**, 11. Dezember. Die Pforte hat Nachricht erhalten, daß unter den Griechen, namentlich in **Creta**, eine gewisse **Agitation** im Gange ist. Die ottomanische Regierung hat deshalb eine anläßlich der Majorennität in Konstantinopel beabsichtigte kirchliche Feier verboten. Dieselbe wird in der Kapelle der griechischen Gesandtschaft abgehalten werden.

## Rußland.

**Petersburg**, 13. Dezbr. Die Ansprache **Kalnoky's** an die bulgarische Deputation wird von den Blättern als ein **Symptom offener Feindseligkeit** besprochen und als die äußerste Grenze diplomatischen Kampfes bezeichnet. Die Unversöhnlichkeit der russisch-österreichischen Gegensätze, äußert die „Nowoje Wremja", bedinge keineswegs einen Conflict zwischen Deutschland und Rußland. Das kraftlose Drei Kaiser-Bündniß müsse einer neuen Formel weichen. Die Garantie, daß Deutschland nicht die Isolirung Rußlands für den Fall einer Festigung des österreichisch-englischen Bündnisses vorbereite und die Rolle eines ehrlichen Maklers nicht aufgebe, würde Rußland vollständig zufriedenstellen.

* [Die Vergewaltigung der Ostseeprovinzen.] Ein Petersburger Brief des „Hamb. Corresp.", welcher die russischen Gewaltmaßregeln in den deutschen Ostseeprovinzen bespricht, sagt u. A.: „Die Gouvernements-Staatsanwälte sind schon längst als offene Beschützer der Spitzbuben und Verbrecher bekannt." Der Brief schließt: Es ist klar, die drei baltischen Provinzen sind außerhalb des Gesetzes gestellt, und ihr gesetzlicher Widerstand soll durch Gewalt und durch Mittel der Anarchie gebrochen werden. Da ist es denn nicht zu verwundern, wenn man in deutschen Kreisen in Rußland die Bulgaren beneidet, die ein gütiges Geschick von ihrem Kaulbars befreit hat. Wird endlich auch die Stunde schlagen, welche alle die Kaulbarse, die das Slavophilenthum in das Bulgarien an der Ostsee entsandt, die Schachowskoi, Kagustin, Sinowjew, Manjos, Mjässojedow und Genossen, auf Nimmerwiederkehr aus den mißhandelten baltischen Provinzen entführt?"

* [General Kaulbars und der Zar.] Der Petersburger Correspondent der „Polit. Corresp." berichtigt seine eigene Nachricht über den frostigen Empfang des Generals Kaulbars durch den Zar. Von höher autorisirter Seite als das erste Mal wurde ihm versichert, der Zar habe Kaulbars wohlwollend empfangen. Der Bericht des Generals Kaulbars werde in maßgebenden russischen Kreisen mehr als je gewürdigt. Dieser Bericht geht dahin, die Masse des bulgarischen Volkes halte treu zu Rußland, ermangele aber der Initiative, um gegen die gegenwärtigen Machthaber in Sofia zu reagiren.

## Telegraphischer Specialdienst der Danziger Zeitung.

**Berlin**, 15. Dezbr. Der **Kaiser** genehmigte die Bitte der Neuguinea-Compagnie, ihr den ertheilten Schutzbrief auf diejenige Gruppe der Salomonsinseln auszudehnen, welche nach dem deutsch-englischen Uebereinkommen vom 6. April 1886 zur deutschen Machtsphäre in der Südsee gehören.

— [Reichstag.] Abg. Kayser motivirt seinen Antrag auf Abänderung der Gewerbeordnung vom 1. Juli 1883 (Vereine betreffend). Bezüglich eines Passus seiner Rede bemerkt Präsident v. Wedell: Nach dem stenographischen Bericht hat Abg. Kayser gesagt: „Wie die heutigen Verhältnisse liegen, sind die Richter in der Verfassung, daß das, was ihnen die Polizei vorwirft, von ihnen apportirt wird." Ich hatte die Sache so verstanden, daß alles, was den Richtern zugetragen wird, von ihnen approbirt wird, und glaubte keinen Grund zum Einschreiten zu sehen. Die Aeußerung aber, wie sie im stenographischen Berichte steht, halte ich für ordnungswidrig und rufe den Redner deshalb zur Ordnung! (Beifall rechts.) — Der sächsische Generalstaatsanwalt Held wendet sich gegen Kayser. — Abg. Ackermann (cons.) schiebt alles darauf, daß keine Arbeitsbücher eingeführt seien, und will die Berufsgenossenschaften mit Nachweisungsbureaus verbinden. — Abg. Schrader hält die Ansichten Ackermanns nicht für derartig, daß damit die Frage gelöst werden könne. Er erblickt in der Coalitions-Freiheit die nothwendige Voraussetzung und exemplificirt auf die englischen Zustände, wo feste, eine große Zahl der Arbeiter umfassende Arbeiter-Vereinigungen bestehen, von tüchtigen und zielbewußten Führern geleitet, die nicht agitatorische, sondern für Arbeitgeber und Arbeiter in gleicher Weise heilbringende Zwecke anstreben. Nur wenn wir das Gleiche bei uns einführen, werden wir erreichen, was der Antragsteller beabsichtigt: nicht Schädigung der Interessen der Arbeiter, sondern Förderung derselben im Interesse der Arbeitgeber, wie der Arbeiter. Das Gesetz vom Jahre 1878 hat keinen anderen Zweck, als die socialdemokratischen Bestrebungen zu verhindern, keineswegs einfach politische, noch weniger Gewerk- oder öffentliche Bestrebungen. In neuerer Zeit haben aber die Anwendungen jenes Gesetzes eine Ausdehnung gefunden, die fast alle öffentlichen Angelegenheiten betrifft. Es liegt darin eine große Ungerechtigkeit, und wir sind nicht abgeneigt, dem Antrage zuzustimmen. Gegen die Fassung des Antrages haben wir aber Bedenken, weil sie ihren Zweck nicht erreicht. Denn in dem Augenblick, wo ein Verein socialdemokratischen Bestrebungen huldigt, fällt er unter dieses und nicht mehr allein unter das Vereinsgesetz, welches letztere der Antragsteller der Landesgesetzgebung entzogen wissen will. Wir halten für dringend nothwendig, daß die arbeitenden Frauen sich ebenso vereinigen dürfen, wie die männlichen Arbeiter. Schließen Sie die Frauen von der Arbeit aus, so werden sie auch nicht das Bedürfniß haben, sich zu vereinigen. Das jüngste Vorgehen der Gerichte gegen die Frauenvereine halte ich für ganz ungerechtfertigt. § 153 richtet sich in der neuen vorgeschlagenen Form nach meiner Meinung keineswegs bloß gegen die Arbeitgeber. In der vom Antragsteller angezogenen schwarzen Liste der Arbeitgeber finde ich ein starkes Mittel der Nöthigung. Ich bin also dafür, den Antrag an eine Commission von 21 Mitgliedern zu verweisen. Es handelt sich dabei um das Wohl einer großen Zahl von Personen und um Mißstände, die weit über die Grenzen der Socialdemokratie hinausreichen. Denn jetzt ist auch das Vereinsrecht derjenigen Arbeiter beschränkt, die nicht der Socialdemokratie angehören. Nur dann, wenn sich die Arbeiter daran gewöhnen, zu denken, sich in Vereinen zu organisiren, werden sie ihre Lage heben. Namentlich gilt dies von den Gewerk- und Fachvereinen.

Der Antrag wird darauf an eine Commission von 21 Mitgliedern verwiesen und die Sitzung geschlossen. Nächste Sitzung ist Freitag, wo die Etatsberathung fortgesetzt wird.

— [Militärcommission.] Auf eine Aufforderung des Abg. Rickert hin giebt der bairische Bevollmächtigte an, daß sich in Baiern das jährliche Recrutencontingent von 199 auf 206 per Bataillon erhöhen würde, in Württemberg von 180 auf 186. — Abg. Richter: Für Sachsen sei ein Bedürfniß für Erhöhung der Cadreszahl nicht nachgewiesen. Die gesetzliche Festsetzung der zweijährigen Dienstzeit sei vielleicht jetzt nicht in Berechnung zu ziehen, man könne aber factisch zu demselben Resultat gelangen. Zur Conflictszeit sei sie als Compensation für die Heeresmehrforderungen angeboten, wodurch der Conflict beseitigt worden wäre. Woran dies gescheitert ist, darüber werde die Geschichte Aufschluß geben. — Der Kriegsminister erklärt, daß die Kriegsverwaltung von einem festen Punkt ausgegangen sei: der erhöhten Friedenspräsenz; das übrige ergebe sich von selbst. Die Erhöhung der Stärke der Bataillone sei die billigste Form. Wie die Vertheilung geschähe, das sei eigentlich ein Internum der Verwaltung. Wenn keine gesetzliche Feststellung der zweijährigen Dienstzeit eintrete, so sei der Vortheil für die Mannschaften unsicher. Geringere Dienstzeit führe eine geringere Qualität herbei. Wenn wir die einmonatliche Rekrutenvacanz um 3 Monate verlängern, so findet eine Schädigung der Ausbildung statt, die wir nicht vertragen. In Frankreich existirt allerdings 2¼monatliche Rekrutenvacanz, aber dort sind günstigere klimatische Verhältnisse. — Abg. Rickert hebt hervor, daß die Friedenspräsenz unmöglich entscheidend sein könne. Die Regierung selbst habe in den Motiven zugegeben, daß man erwägen könne, ob nicht der Endzweck der Vermehrung der Kriegsstärke ebenso durch höhere Einstellung von Rekruten und thatsächliche Abkürzung der Dienstzeit erreicht werden könne. Wenn die Regierung nicht die spätere Einstellung der Rekruten um 3 Monate wolle, so könne man auch über eine geringere Abkürzung verhandeln. Frankreich gehe diesen Weg. Er und seine Freunde werden eine erweiterte Abkürzung der Dienstzeit beantragen. Er bekämpfe nicht die Vermehrung der Cadres, nicht die Erhöhung der Rekruteneinstellung, sondern verlange nur finanzielle Compensation durch erhöhte Rekrutenvacanz oder vermehrte Beurlaubung zur Disposition. Die Erhöhung der Stärke der Friedensbataillone sei für den Kriegszweck, wie die Regierung im Jahre 1880 zugegeben, nicht wichtig. Die preußischen Bataillone seien jetzt schon stärker, als die französischen und russischen. Diese Verstärkung sei auch nur angesetzt, um zu einer höheren Friedenspräsenz zu kommen, das sei aber aus finanziellen Gründen sehr bedenklich. — Der Kriegsminister gesteht zu, daß die Erhöhung der Stärke der 312 Bataillone um je 23 Mann für die Kriegsbereitschaft nicht wichtig sei. Auf eine Anfrage des Abg. Hobrecht erklärt er sich auch bereit, zu erwägen, ob die Einberufung der Dispositionsurlauber zur Verstärkung der

---

war sie am Hofe Gegenstand allgemeiner Verehrung, und als ihr Gatte unter Friedrich III. in Ungnade fiel, begleitete sie ihn auf seiner Flucht, in treuer Gattenliebe sein Loos theilend; später sogar eine 23jährige Gefangenschaft standhaft tragend, um nicht an seinem Gedächtniß zum Verräther zu werden. Die Geschichte hat eine kleine Episode aus ihrem Leben bewahrt, die sich in Danzig zugetragen und die deshalb angeführt zu werden verdient: Als die Königin Christine von Schweden, ihrer Schützerrolle dem Ulfeld'schen Paare gegenüber überdrüssig geworden, demselben Stralsund zum Wohnsitz anwies, wurde das Ehepaar auf der Fahrt dorthin vom Sturm nach Danzig*) verschlagen. Und hier begegnete der Gräfin Eleonore, die ihren Gatten auf der Flucht stets in Männerkleidern begleitete, das seltsame Abenteuer, daß eine junge Dame sich in sie verliebte und von ihr entführt zu werden wünschte. Eiligst mußte sie mit ihrem Manne die Flucht zu Lande fortsetzen, um nicht erkannt zu werden.

Außer den historischen Bildern und verschiedenen interessanten Rüstungen sind die großen eichenen Truhen aus dem 15. bis 17. Jahrhunderts von hohem Reiz. Sie bildeten damals einen Hauptbestandtheil der häuslichen Einrichtung, der Mitgift der Braut, als Aufbewahrungsort der werthvollsten Besitzthümer, und dementsprechend sind sie reich geschmückt, vornehmlich mit in das volle Eichenholz derselben geschnitzten, emailleartig eingelegten oder gemalten Familienwappen, Jahreszahlen, Sinn- und Segenssprüchen oder Darstellungen aus der biblischen Geschichte. Eine der ältesten ist wohl die mit vier geschnitzten Medaillons an der Vorderseite und gothischen Ornamenten an den Endseiten.

Im nordöstlichen Thurm des ersten Stockwerkes befindet sich neben dem Abguß des Leichensteines Tycho de Brahe's in der Teinkirche zu Prag der sogenannte Gottorfer Himmelsglobus, den Herzog Friedrich III. von Holstein-Gottorf 1657 unter Leitung seines Hofmathematikers Olearius herstellen ließ; an demselben werden die Planeten nach dem koppernikanischen System durch ein Uhrwerk in kreisende Bewegung gesetzt.

Zu schnell für das Interesse an den unerschöpflichen Schätzen der Kunst und Wissenschaft, die da angehäuft sind, fanden wir uns wieder vor den Abgüssen der Runensteine von den Jllinge-Hügeln bei Weile, in der Vorhalle. Immer noch ein Mal wandten wir den Blick rückwärts nach dem entzückenden Schloß im See, als die Wagen mit uns nach der Station Hilleröd rumpelten.

Die Bahn macht einen weiten Bogen. Es war Abend, als wir Kopenhagen erreichten. Der letzte Tag war ausschließlich der Stadt geweiht, dem Einblick in das großartige Blindeninstitut, der Kenntnißnahme menschenfreundlicher Stiftungen, wie das Seemannsheim für ausgediente Seeleute; das Soldatenheim, eine Art Ressource für jeden Soldaten der Garnison, wofür monatlich 10 Oere zu bezahlen sind. Er findet dort Speisezimmer, Lesezimmer, einen Saal, in dem angemessene Vorträge gehalten werden ꝛc.

Nachdem das Gepäck an Bord der „Skandia" geschafft war, fiel dem scandinavischen Panoptikum die Aufgabe zu, uns die Ehren des letzten Abends zu machen. Es entledigte sich derselben nur zum Theil zu unserem Vergnügen. Nachdem wir Nordenskjöld's Bekanntschaft am Eismeer gemacht, — das Familienleben dänischer Bauern in ihren malerisch ausgestatteten Hütten kennen gelernt, uns dänische und ausländische Berühmtheiten der Wissenschaften und Künste vorgestellt worden, — das Parlament mit Berg, — die ganze durch Schönheit sich auszeichnende Königsfamilie, — und allerlei Historisches und Märchenhaftes dazu, — folgten wir einem eine Treppe abwärts weisenden Pfeil, wo wir aus dunklem Vorraum durch die kleinen Fenster einer Blockhütte Zeugen erschütternder Scenen wurden, wie sie sich bei Gelegenheit des Brandes der Christiansborg zugetragen haben, — dazu des Brandes selbst mit dem Knistern, Zischen der Flammen, dem Einsturz des Gebälks, — dem gefahrvollen Rettungswerk der Feuerwehrleute inmitten des Chaos. Mit zitternden Knieen schieden wir von dieser letzten, mit grauenvoller Wahrhaftigkeit inscenirten Sehenswürdigkeit Kopenhagens. Nur allmählich gelang es der kühlen Nachtluft, uns von dem Eindruck zu befreien.

Bald nach Mitternacht waren auch die letzten der Passagiere von dänischen Gastfreunden an Bord geleitet, die letzten Scheidegrüße ausgewechselt; die Anker wurden gelichtet und hinaus ging es in die wogende See. (Schluß folgt.)

*) Da unsere Stadt genannt ist, sei bei dieser Gelegenheit einer Bildsäule Johanns III. von Schweden gedacht, welche im 16 Jahrhundert König Sigismund hierselbst für das Grabmal desselben bestellt hatte, zu deren Abnahme — weil der Besteller vertrieben worden war — die schwedische Regierung sich aber erst 1785 hatte bereit finden lassen. Dieses Marmordenkmal ist denn 1818 endlich im Grabchor Katharina Jagellonika's zu Upsala aufgestellt worden.

Bataillone für die Uebergangszeit nothwendig sei. — Abg. Richter constatirt, daß die Verstärkung der Bataillone nach des Kriegsministers Erklärung für den Kriegsfall gleichgiltig sei. Die Einberufung von 19 000 ausgedienten preußischen Dispositionsurlaubern für April bis Oktober 1887 sei eine erhebliche Belastung Einzelner, nicht eine geringe Unbequemlichkeit, wie der Kriegsminister meine. — Wegen Aufhebung der einmonatlichen Rekrutenvakanz bei der Cavallerie erklärte der Kriegsminister, daß eine Verständigung mit dem Reichstag gewünscht werde. Wenn der Reichstag dieselbe ablehne, werde es bei der früheren Vereinbarung bleiben.

— In freisinnigen Kreisen ist erwogen worden, ob nicht eine Erhöhung der Militärausgaben durch eine Reichseinkommensteuer von 5000 Mark Einkommen ab zu decken sei. Dem wurde schon in der heutigen Debatte in der Commission Ausdruck gegeben.

— Wie unser △-Correspondent meldet, ist nicht Graf Wilhelm Bismarck, sondern Regierungspräsident Studt-Königsberg zum Regierungspräsidenten in Kassel bestimmt.

**Berlin**, 15. Dez. Bei der heute fortgesetzten Ziehung der 3. Klasse der 175. Königl. preuß. Klassen-Lotterie fielen in der Vormittags-Ziehung:
1 Gewinn von 60 000 Mk. auf Nr. 3511.
1 Gewinn von 5000 Mk. auf Nr. 33 750.
1 Gewinn von 3000 Mk. auf Nr. 30 614.
2 Gewinne von 1500 Mk. auf Nr. 120 424 189 793.
10 Gewinne von 500 Mk. auf Nr. 25 425 68 174 79 030 80 186 118 735 119 001 131 879 179 837 183 102 184 121.

**Hamburg**, 15. Dezember. (Privattelegramm.) Der rühmlichst bekannte Ohrenarzt Dr. Mantels ist heute wegen Sittlichkeitsverbrechens zu 2 Jahren Zuchthaus verurtheilt worden.

**Petersburg**, 15. Dezember. (W. T.) Nach einer ausführlicheren Meldung des Regierungsanzeigers besagt das neueste Communiqué: Rußland ist mit dem benachbarten Deutschland durch vitale Interessen verknüpft, wodurch die beiderseitigen Beziehungen consolidirt sind, nachdem sie mehrfache Proben bestanden haben, was für die beiderseitige Wohlfahrt wichtig ist; man müsse die langjährige Fortdauer dieser Beziehungen wünschen. Die russische Regierung habe die feste Absicht, speciell die deutschen Interessen mit gebührender Rücksicht zu pflegen; sie hat Grund, anzunehmen, daß auch Deutschland sich Actionen enthält, die Rußlands Würde oder dessen Interessen bezüglich seiner östlichen Glaubensgenossen berühren, und daß Deutschland lediglich die Erhaltung des Friedens anstrebt, die auch der Zar und das russische Volk lebhaft wünschen. (Wiederholt.)

## Danzig, 16. Dezember.

* **[Strandung.]** Wie aus Korsör vom 13. d. M. gemeldet wird, ist der hiesige Schraubendampfer „Minister Achenbach" bei Ocreslakket gestrandet und etwas leck geworden. Man hofft jedoch das Schiff ohne wesentliche Beschädigung wieder abzubringen.

* **[Weihnachts-Oratorium.]** Der von Herrn Lehrer Hoffmann geleitete Cäcilien-Verein der hiesigen Nikolai-Kirche brachte gestern Abend im großen Schützenhaus-Saale ein bisher noch neues Weihnachts-Oratorium von F. Müller, Dechant in Effelt, zur Aufführung, und zwar mit dem humanen Zweck, den materiellen Ertrag dem St. Marien-Krankenhause zufließen zu lassen. Leider war der Saal nicht in dem Maße gefüllt, als es schon dieser Umstand wünschenswerth gemacht hätte. Das Müllersche Oratorium zerfällt in sechs ziemlich lose aneinander gereihte Theile, deren jeder durch einen theils kürzeren, theils längeren Orchestersatz eingeleitet wird. Daran schließen sich Chöre, Recitative, Lieder, Tenor- und Sopransoli sowie auch ein recht zart componirtes Soloquartett (Chor der Hirten). Sechs lebende Bilder, die Adventszeit durch den Psalmisten David, die Verkündigung durch den Engel Gabriel, die Geburt des Heilandes, die Hirten bei der Krippe, die heiligen drei Könige und schließlich eine Art Apotheose („Weihnachtsjubel") darstellend, illustriren die Abtheilungen des Werkes. Diese Bilder waren von Herrn Maler Lukowski mit bekanntem Geschick arrangirt und es trug ihre gute Ausstattung und effectvolle Beleuchtung, die allerdings nicht immer mit der erwünschten Präcision fungirte, zu dem Gelingen des für die Kräfte des noch jungen Cäcilien-Vereins ziemlich anspruchsvollen Werkes wesentlich bei. Aber auch den gemischten wie den kleineren Chören muß man nachrühmen, daß sie ihre Aufgabe mit großer Hingebung erfaßt hatten und sich durch präcises Einsetzen, Reinheit und meistens auch durch ansprechende Nüancirung auszeichneten. Besonders zeichnete sich in dieser Beziehung der Gesang der Engel („Ehre sei Gott in der Höhe") und der Kinderchor („O Jesulein süß") aus. Von den Solopartien, die von geschätzten Dilettanten übernommen waren, stellt diejenige des Evangelisten an die Ausdauer des Tenoristen bedeutende Anforderungen, so daß am Schlusse die unverkennbare Ermüdung nur zu erklärlich war, während der Sopran nur mit einer wenig umfangreichen Arie bedacht ist. Dem Dirigenten wie seinem Verein gebührt für die Ausführung des [illegible] getragen ist, schon im Hinblick auf die bescheidenen Mittel, welche ihnen dafür zu Gebot standen, dankende Anerkennung.

* **[Wochen-Nachweis der Bevölkerungsvorgänge vom 5. bis 11. Dezember.]** Lebend geboren in der Berichts-Woche 43 männliche, 32 weibliche, zusammen 75 Kinder. Gestorben 33 männliche, 28 weibliche, zusammen 61 Personen, darunter Kinder im Alter von 0—1 Jahr: 10 ehelich, 5 außerehelich geborene. Todesursachen: Scharlach 1, Diphtherie und Croup 7, Brechdurchfall aller Altersklassen 5, darunter von Kindern bis zu 1 Jahr 4, Kindbett- (Puerperal-) Fieber 1, Lungenschwindsucht 4, acute Erkrankungen der Athmungsorgane 4, alle übrigen Krankheiten 37, Verunglückung oder nicht näher festgestellte gewaltsame Einwirkung 3, Selbstmord 1.

## Landwirthschaftliches.

NMW. Berlin, 15. Dezember.

Eine schwere Schädigung der thierzüchtenden und mästenden Landwirthschaft geschieht in neuerer Zeit durch die von den beamteten Thierärzten [illegible] Zurückweisung der auch nur theilweise perlsüchtig befundenen Rinder auf den Schlachtviehhöfen, namentlich in Berlin. Bereits am 15. November wurde in der Sitzung des Centralvereins zu Frankfurt a. O. diese auch für weitere Kreise schwerwiegende Frage verhandelt und man einigte sich, nachdem zahlreiche Klagen von allen Seiten eingegangen waren, dahin, den Herrn Minister zu ersuchen, den Thierärzten bestimmte Weisungen in Betreff der Fleischschau zu geben, damit der Willkür der Thierärzte Schranken gesetzt würden. Es war daher ein dankenswerthes Unternehmen des Professors Dieckerhof, über diesen brennenden Punkt der „Perlsucht" des Rindviehes im Club der Landwirthe, wo jetzt die öffentlichen Vorlesungen wieder begonnen haben, einen Vortrag zu halten und gleichzeitig auch den Versuch zu machen, auf welche Weise man Abhilfe verschaffen könne.

Die Arbeiten von Spinola und Gerlach hatten bereits nachgewiesen, daß die Perlsucht des Rindviehes und die Schwindsucht des Menschen dieselbe Krankheit sei und gegenseitig übertragen werden könne. Die Untersuchungen von Koch haben dies nun bestätigt, indem derselbe den gleichen Bacillus bei der Schwindsucht des Menschen wie in den Knoten der Perlsucht oder der echten Tuberkeln des Rindes fand. Die veranlassenden Momente sind folgende: Es ist Thatsache, daß die Krankheit niemals entstehen kann, ohne daß der Bacillus von außen in den Thierkörper gelangt. Früher hielt man die Perlsucht für eine venerische Krankheit und glaubte, dieselbe sei erblich. Dies ist durchaus falsch. Man darf bei Constitutions-Anomalien eine mehr oder weniger starke Anlage zur Aufnahme des Tuberkelgiftes annehmen. Diese findet sich bei geschwächten Constitutionen, bei zu stark getriebener Inzucht, dann in ausgedehnterem Maße bei den Niederungsrassen. Das Tuberkelgift findet sich vielfach verbreitet und man muß annehmen, daß es nur an stärkeren Thieren ohne Wirkung vorübergeht, während es schwächere Thiere ansteckt. Kühe, gedrängt in engen Stallungen, die nicht in freier Luft, nicht auf der Weide gehalten werden, werden leichter befallen als solche, die auf der Höhe in frischer Luft sich bewegen. Perlgeschwülste und Perlknoten bilden sich nur dann, wenn der Bacillus mit dem Futter in die inneren Theile kommt oder mit der Luft durch die Athmungswerkzeuge. Der dritte Weg von außen durch die Haut ist äußerst selten, da unter 32 Grad Celsius der Bacillus nicht mehr leben kann. Trotz ihrer sehr weiten, fast allgemeinen Verbreitung vollzieht sich die Krankheit meistens nur an wenigen Individuen. Abweichend von der Schwindsucht der Menschen und der Tuberkulose der Rinder ist sie viel allgemeiner bei den Schweinen verbreitet. Die Aufnahme findet beim Rind meistens in einzelnen Stallungen statt. Sie ist in England, Holland, Frankreich, Deutschland und Rußland gleichmäßig verbreitet. Nur unter dem grauen Steppenvieh, bei welchem ja die Rinderpest vorherrschend vorkommt, soll sie selten sein.

Im Schlachthaus des Berliner Viehhofes kamen 1882/83 2613 perlsüchtige Rinder vor. Von diesen wurden indeß nur 102 vollständig verworfen, von den übrigen waren noch die gesunden Theile zu verwerthen. 1884/85 sind 1599 Stück ergriffen worden. Die Procentzahl der krank befundenen zu den gesunden betrug in München 2,60 Proc., in Augsburg 3,16 Proc., in Lübeck 4,80 Proc., in Görlitz 11,7 Proc. Im großen Durchschnitt sind bei alten Kühen 8 Proc., bei Ochsen 2 Proc. und bei Fersen 1,8 Proc. mit Perlsucht behaftet. Wie man sieht, sind die Verluste für den Landwirth ganz enorm; außerdem bleibt ein von der Perlsucht befallenes Thier zurück, mästet sich schlecht, verliert die Milch; und letztere ist, sobald das Euter tuberculös inficirt ist, auch schädlich und zur Uebertragung der Tuberculose auf Menschen geeignet. In ganz alten Zeiten, als man die Perlsucht für eine venerische Krankheit hielt, wurde das Fleisch nicht genossen, später, als man die Krankheit anders erkannte, wurde wieder der Genuß des tuberkelfreien Fleisches gestattet. Jetzt aber, wo die Gleichheit der Krankheit mit der Schwindsucht des Menschen erkannt worden, kann man sich nicht davon frei machen, daß jede Substanz, die Tuberkelgift enthält, schädlich ist. Es nützt nichts, daß nachgewiesen wird, daß das gebratene oder gekochte Fleisch, selbst wenn es mit Tuberkeln behaftet ist, durch die Hitze unschädlich gemacht wird. Man kann ebensowenig wie bei den Trichinen polizeilich das Kochen solchen Fleisches anordnen und controliren. Durch eine Verfügung des Ministers an die Techniker der Schlachthäuser ist angeordnet, daß das Fleisch solcher Thiere als genießbar betrachtet werden soll, sobald nur ein Organ krank befunden wird. Daraus geht hervor, daß sobald zwei oder mehrere Organe befallen, das Fleisch zu verwerfen ist. Und letzteres ist gewöhnlich, da Herzbeutel, Leber 2c. meist zusammen von Tuberkeln besetzt sind. Die Anrufung der Gerichte dürfte bei den sehr strengen Bestimmungen des Nahrungsmittelgesetzes, nach welchem der Verkauf von verdorbenen Nahrungsmitteln schwere Geld- und Gefängnißstrafen und bei tödtlichem Ausgange Zuchthausstrafe nach sich zöge, auch zu nichts führen. Als einziges Mittel, welches mit der Zeit die Beschränkung, wenn nicht gar Ausrottung der Perlsucht herbeiführen könnte, sei eine ähnliche Gesetzesvorlage mit der Entschädigung für die getödteten verdächtigen und auf Anordnung der Behörde getödteten verdächtigen, aber gesund befundenen Thiere, wie dies mit so außerordentlichem Erfolge beim Rotz und bei der Lungenseuche geschehen sei, welcher erstere fast ganz aus der Provinz Brandenburg in Folge des Gesetzes verschwunden ist. Aehnlich ist es mit der Lungenseuche mit Ausnahme der Provinz Sachsen. Die jetzt noch schweren Erkennungszeichen der Perlseuche würden sich schon bei genauerer Uebung allmählig feststellen lassen. Impfung führe nur zur Verbreitung der Seuche, da jedes geimpfte Thier direct angesteckt wird. Medicamente, die bei anderen Krankheiten sonst zu wirken pflegen, blieben ohne Wirkung, da sie nur vermittelst der Blutcirculation in die Gewebe dringen können, die Tuberkelknollen aber nur eine sehr geringe Verbindung mit dem übrigen Gewebe hätten. Es bliebe also nur die Ausrottung durch Tödtung, wie beim Rotz und der Lungenseuche, von Wirksamkeit übrig. Die Beiträge der Betheiligten würden nicht so hoch werden. 85 Proc. der erkrankten Thiere ließen sich noch verwerthen; nur ca. 15 Proc. müßten entschädigt werden. Wenn man alle Verluste unter 30 Mark von der Entschädigung ausschließt und 4/5 des Taxwerthes entschädigt, so würde der Beitrag für das Haupt Vieh sich auf 20 bis höchstens 40 Pf. stellen.

## Literarisches.

⊙ **Offenherzigkeiten aus der Armee**, von Friedrich Ferdinand, 3. Tausend, Berlin, Walther und Apolant. Wer nach dem Titel dieser Schrift etwa erwartet, daß der Verfasser Indiscretionen an die Oeffentlichkeit bringt, wird sich getäuscht finden. In dem ersten Abschnitte, den „brennenden Fragen", giebt er allerdings offen vorhandene Mißstände zu und knüpft manche beherzigenswerthe Mahnung an über den steigenden Luxus, über Offiziercasinos u. s. w.; hauptsächlich sucht er aber unrichtige Urtheile über den Offizierstand zu berichtigen und Angriffe auf denselben zurückzuweisen. Der zweite Abschnitt enthält Silhuetten aus dem militärischen Leben, die meisten lebenswahr und treffend, einzelne geradezu mit typischer Naturtreue gezeichnet. Ueber dem Ganzen schwebt ein idealisirender Hauch, den die Wirklichkeit doch vielleicht nicht immer aufweist.

## Vermischte Nachrichten.

**Berlin**, 14. Dezember. **[Lessingdenkmal.]** Heute Vormittag war das Comité zur Errichtung des Lessing-Denkmals unter Vorsitz des Herrn Oberbürgermeisters v. Forckenbeck in der königl. Akademie versammelt, um die eingegangenen 26 Entwürfe in Augenschein zu nehmen. Zugleich wurden die Mitglieder der Jury gewählt, welche über die Entwürfe zunächst zu entscheiden hat. Gewählt wurden die Herren Oberbürgermeister v. Forckenbeck, Geh. Reg.-Rath Bürgermeister Duncker, Dr. Paul Lindau, Prof Anton v. Werner, Prof. Albert Wolff. Zu diesen treten hinzu seitens der Stadt die Herren Stadtbaurath Hobrecht und Stadtschulrath Bertram, seitens des Staates die Geheimräthe Schöne und Jordan.

**Elberfeld**, 12. Dezember. **[Selbstmord wegen verhinderten Duells.]** Der hiesige cand. phil. Wilhelm Anders, welcher wegen eines Zweikampfes mit einem Offizier des 8. Kürassier-Regiments in Deutz im Oktober d. J. zu drei Monaten Festungshaft verurtheilt, und als er am 12. November d. J. einen zweiten Pistolenkampf mit einem seiner Collegen zu unternehmen im Begriffe stand, hieran von der Polizei im letzten Augenblicke behindert worden war, hat sich gestern in Ruhrort durch einen Schuß entleibt.

**München**, 13. Dezember. Ein hier herrschender Sturm hat seit Sonnabend großen Schaden angerichtet. Aehnliches wird aus Augsburg berichtet.

ac. **Newyork**, 12. Dezbr. Letzten Sonnabend reiste „General" Booth, der Leiter der Heilsarmee, mit der „Servia" nach Europa zurück. Die in den letzten zwei Wochen von ihm abgehaltenen Gebetsversammlungen, welche die ganze Nacht dauerten, sollen nur spärlich besucht gewesen sein. In seiner Abschiedsrede bemerkte „General" Booth, daß er in 129 Versammlungen vor 180 000 Zuhörern in Amerika geredet habe. 29 Tage sei er 24 Stunden lang auf der Reise gewesen und habe 2500 Seelen gerettet. Uebrigens hat seine Tour nur wenig Interesse in Amerika erweckt, und hat er dem Anscheine nach nicht viel erreicht. Der Besuch seiner Versammlungen war überall schwach.

**Newyork**, 12. Dez. **[Hauseinsturz.]** Telegraphisch wird berichtet: Ein ernstes Unglück ereignete sich in dem Etablissement der Metallwaarenkaufleute Shapleigh u. Fantwell in St. Louis. Das Haus stürzte plötzlich ein, worauf Feuer ausbrach, welches das ganze Gebäude zerstörte. Der angerichtete Schaden wird auf 500 000 Doll. geschätzt. Zwei Personen verloren ihr Leben.

## Schiffsnachrichten.

**Kragerö**, 9. Dezember. Die holländische Bark „Lina" aus Vlissingen, von Kronstadt nach London mit einer Ladung Dielen, ist heute Nacht in Horset, 6 Kilometer von Kragerö, gestrandet. Mannschaft gerettet. Das Schiff wird wahrscheinlich wrack.

**Helsingör**, 13. Dezember. Der Dreimastschooner „Scharnhorst" aus Rostock, von Hull nach Rostock mit Kohlen, welcher bei Humlebak gestrandet war, ist durch Bergungsdampfer abgebracht und schwer leck hier eingeschleppt.

O. **London**, 13. Dezember. Während der letzten 32 Jahre sind die Rettungsboote des britischen Rettungsboots-Vereins fast 5000 Mal in Dienst gestellt worden und haben mehr als 12 000 Menschen gerettet. 41 Mal im Ganzen schlugen die Rettungsboote um, aber nur 18 Mal war damit Verlust von Menschenleben verbunden. Im Rettungsdienste starben im Ganzen, die 27 kürzlich Verunglückten miteinbegriffen, 76 Personen.

## Standesamt.

Vom 15. Dezember.

**Geburten:** Rentier Alexander Peto, S. — Arb. George Masikowski, S. — Tischlerges. August Schultz, S. — Arb. Andreas Keichel, T. — Bernsteindrechsler Louis Mierau, T. — Schuhmachermstr. Heinrich Stobbe, S. — Müllerges. Carl Koppelwieser, S. — Schuhmachermstr. August Wengerowski, S. — Seefahrer Carl Andres, S. — Unehel.: 1 S.

**Heirathen:** Klempnergeselle Richard Adolf Ferd. Meierlein und Emma Rudolfine Hulda Anna Mathilde Paleschke. — Arbeiter Friedrich Börsch und Julianna Wilhelmine Wohlert. — Tischlergeselle Ernst Albert Julius Wiechert und Bertha Amalie Wiechert.

**Todesfälle:** T. d. Schiffers Rudolf Schlodowitzki, 5 J. — Portier Carl Gottlieb Wichert, 75 J. — Frau Veronika Lewrenz, 62 J. — Wwe Julianna Schneider, geb. Krause, 60 J. — Schneider Carl Blonk, 40 J. — T. d. Kutschers bei der Pferdebahn Ernst Stender, todtgeb. — S. d. Zimmerges. August Miehlke, 3 M. — S. d. Schieferdeckers Franz Piotrowski, 4 J. — Stadtpostbote Ernst Adolf Korsch, 65 J.

## Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

**Frankfurt a. M.**, 15. Dezbr. (Abendbörse.) Oesterr. Creditactien 238. Franzosen 203⅛. Lombarden 84½. Ungar. 4% Goldrente 84,00. Russen von 1880 82,80. Tendenz: schwach.

**Wien**, 15. Dezbr. (Abendbörse.) Oesterr. Creditactien 295,50. Franzosen 252,80. Lombarden 105,75. Galizier 194,75. 4% Ungar. Goldrente 104,37. Tendenz: fest.

**Paris**, 15. Dezbr. (Schlußcourse.) Amortis. 3% Rente 86,70. 3% Rente 83,92½. 4% Ungar. Goldrente 85 15/16. Franzosen 518,75. Lombarden 225,00. Türken 15,30. Aegypter 383. Tendenz: behpt. Rohzucker 88° loco 28,70. Weißer Zucker ♈ Dezbr. 33,70, ♈ Januar 34,00, ♈ Januar-April 34,50. Tendenz: ruhig.

**London**, 15. Dezbr. (Schlußcourse.) Consols 100⅝. 4% preuß. Consols 105½. 5% Russen de 1871 95. 5% Russen de 1873 94⅜. Türken 15. 4% Ungar. Goldrente 84¼. Aegypter 75⅜. Platzdiscont 3½ %. — Tendenz: fest. — Havannazucker Nr. 12 12, Rübenrohzucker 11⅜. Tendenz: —.

**Petersburg**, 15. Dezember. Wechsel auf London 3 M. 22 7/16. 2. Orientanl. 98¼. 3. Orientanl. 98¼.

**Newyork**, 14. Dezember. (Schluß-Course.) Wechsel auf Berlin 94⅜, Wechsel auf London 4,80¼, Cable Transfers 4,84, Wechsel auf Paris 5,26¼, 4% fund. Anleihe von 1877 129, Erie-Bahn-Actien 33⅞, Newyorker Centralb.-Actien 113⅛ Chicago-North-Western-Actien 113⅞ Lake-Shore-Actien 94½. Central-Pacific-Actien 46. Northern Pacific-Preferred-Actien 61¾. Louisville u. Nashville-Actien 61¾, Union-Pacific-Actien 62⅛, Chicago Milw. u. St. Paul-Actien 91⅝, Reading u. Philadelphia-Actien 42⅛, Wabash-Preferred-Actien 33¾, Canada-Pacific-Eisenbahn-Actien 68¼ Illinois Centralbahn-Actien 130, Erie-Second-Bonds 98½.

## Rohzucker.

**Danzig**, 15. Dezbr. (Privatbericht von Otto Gerike.) Tendenz: unverändert ruhig, Angebot schwach. Heutiger Werth für Basis 88° R ist 19,80 M. incl. Sack ♈ 50 Kilo franco Hafenplatz.

## Schiffsliste.

**Neufahrwasser**, 15. Dezember. Wind: SW.
**Angekommen:** Elise Linck, Falcke, Liverpool, Salz.
**Retournirt:** C. A. Beug, Zander (Verlust des Steuermanns).
**Gesegelt:** Libau Packet (SD.), Beise, Memel, Güter.
**Im Ankommen:** Bark „Pommerania", Bark „Friedr. Wilh. Jebens".

## Fremde.

**Hotel Englisches Haus.** Fournier a. Koczielec, v. Weiher n. Gem. a. Gr. Poschpol u. Borchert n. Gem. a. Johannisthal, Rittergutsbesitzer. Jack a. Filehne, Baumeister. Erler a. Leipzig, Fischer u. Mai a. Berlin u. Seidler a. Bromberg, Kaufleute. Lange a. Berlin, Director.
**Hotel de Thorn.** Stockhausen a. Skurz, Apotheker. Frau Rittergutsbesitzer Oberfeld a. Czapielken. Bölcke a. Schäferei, Holtz a. Blumfelde, Söncke n. Fam. a. Trampenau u. v. Saldern a. Posen, Rittergutsbesitzer. Cordes u. Keller a. Leipzig u. Semper a. Aachen, Kaufleute. Wander a. Sagorsch, Gutsbesitzer. Görlitz a. Migocz, Prediger.
**Hotel Preußischer Hof.** Luderi a Grabau, Gastwirth. Will u. Senger a Danzig, Kreisel n. Fam. a. Breslau, Sell a. Berlin u. Knoll a. Königsberg, Kaufleute. Bartsch a. Berent, Oeconom, Schwartz a. Czerwinsk, Beamter. Engel a. Berlien, Tischlermeister. Italiener a. Breslau, Kürschnermeister.
**Hotel drei Mohren.** Joachim a. Cöln, Friedländer a. Posen, Tillack a. Stettin u. Stein a. Chemnitz, Kaufleute. Binerowski a. Grabau, Bieer. Zywicki a. Berent, Kaplan. Kirsch a. Bialystock, Fabrikant. Rehefeldt n. Gem. a Stedlin, Rittergutsbesitzer.

Verantwortliche Redacteure: für den politischen Theil und vermischte Nachrichten: Dr. B. Herrmann, — das Feuilleton und Literarische: H. Röckner, — den lokalen und provinziellen, Handels-, Marine-Theil und den übrigen redactionellen Inhalt: A. Klein, — für den Inseratentheil: A. W. Kafemann, sämmtlich in Danzig.

Druck u. Verlag v. A. W. Kafemann in Danzig.